

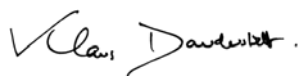
Grußwort des dbb Bundesvorsitzenden Klaus Dauderstädt zum Bundesgewerkschaftstag der DJG vom 12. bis 14. November 2013 in Berlin

Der Aufbau unseres modernen Justizsystems spiegelt eine berufliche Vielfalt, die innerhalb des öffentlichen Dienstes ihres gleichen sucht: Vom Justizwachtmeister bis zum Staatsanwalt und Richter bündelt die Justiz eine Vielzahl von Berufsgruppen, die zudem alle Laufbahngruppen des öffentlichen Dienstes abbildet. Ihr Motto „DJG – die Stimme der Justiz“ vermittelt das Bestreben, die beruflichen Interessen all dieser Menschen einheitlich und dennoch unter Wahrung der jeweiligen berufsspezifischen Besonderheiten zu vertreten. Die DJG hat diese Herausforderung seit ihrer Gründung im Jahr 1951 stets unabhängig von der jeweiligen Regierungskonstellation erfolgreich bewältigt. Die Deutsche Justiz gewährt nicht nur Bürgerinnen und Bürgern in allen Lebensbereichen ein Maß an Rechtssicherheit, um das andere Länder uns zu Recht beneiden, sie bereitet so auch den Boden für wirtschaftliche Erfolge unserer Unternehmen. Die DJG hat mit ihrer über 60 Jahre währenden kontinuierlichen Arbeit für den Rechtsstaat Anteil an diesem Erfolg.

Heute sind es besonders die demografischen Herausforderungen, denen sich Politik und Gewerkschaften zu stellen haben. Die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre wird sein, den öffentlichen Dienst demografiefest zu machen. Wenn es gelingen soll, genügend motivierten Nachwuchs auch für die Justiz zu gewinnen, müssen wir gemeinsam attraktive Arbeitsumfelder mit klaren beruflichen Perspektiven schaffen. Denn letztlich bedroht nicht nur die verfehlte Personalpolitik der vergangenen Jahre die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes, sondern auch föderale Zerfallserscheinungen bei den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst, die zunehmend Unmut und Verunsicherung unter den Beschäftigten hervorrufen. Abhilfe schaffen kann hier nur die Rückkehr zu einheitlichen Strukturen im Beamtenrecht und in der Besoldung. Augenfällig wird das am Beispiel des Justizwachtmeisterdienstes. Die Kolleginnen und Kollegen sollen für Sicherheit sorgen, sind aber wie andere Berufsgruppen innerhalb der Justiz selbst oft nicht sicher, wie die zahlreichen tragischen Geschehnisse der jüngsten Vergangenheit uns haben leidvoll erfahren lassen: In Gerichtsgebäuden werden Bedienstete bedroht, angegriffen und schlimmstenfalls tödlich verletzt. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden, insbesondere was Personalpolitik und Ausstattung der Justizwachtmeister betrifft. Einsparungen haben immer wieder zu Stellenkürzungen in diesem sensiblen Bereich geführt. Darüber hinaus sind Ausbildung und Vergütung von Land zu Land unterschiedlich. Der dbb steht hinter der DJG-Forderung einer fundierten und möglichst länderübergreifenden Ausbildung für den Justizwachtmeisterdienst, einer den realen Erfordernissen entsprechenden Personalpolitik und einer möglichst einheitlichen Besoldung.

Der dbb unterstützt Sie nach Kräften dabei, Ihre berufspolitischen Forderungen durchzusetzen um den Menschen im Justizdienst die berufliche und persönliche Sicherheit zu geben, die sie für die Wahrnehmung ihrer komplexen Aufgaben benötigen. Ich wünsche dem Bundesgewerkschaftstag der Deutschen Justiz-Gewerkschaft einen konstruktiven Verlauf mit wegweisenden Beschlüssen.

Ihr



Klaus Dauderstädt
Bundesvorsitzender